Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Griechenland
2. Europa braucht industrielle Erneuerung
3. Keine faulen Ausreden: Finanztransaktionsteuer jetzt!
4. Europe can’t cut and grow
5. Deutsche Bank – Die Wette auf den Tod
6. AWD-Kunden bekommen Geld zurück
7. Heinz-J. Bontrup: Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen
8. Grundsatzurteil – Keine Bewährungsstrafe bei Steuerbetrug ab einer Million
9. Der Klima-Sarrazin
10. Bundesregierung: Stresstest bei Stuttgart 21 ist nicht Basis für Investitionsentscheidungen
11. Merkel schließt umstrittenen Pakt mit Kasachstan
12. Independent Report Contradicts Western Portrait of Syria
13. Truth, lies and Afghanistan
14. Das Imperium schlägt daneben
15. The right’s stupidity spreads, enabled by a too-polite left
16. HRK: Hochschulräte: Mittler zwischen Gesellschaft, Hochschule und Staat
17. Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute, Zur Aktualität Peter Brückners
18. zu guter Letzt: Heiße Liebe im kalten Europa

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Griechenland**
    a. **Das Kettensägen-Moussaka**
    Wenn die Arbeitslosigkeit den Rekordwert von 19,2 Prozent erreicht hat; wenn staatliche Spitäler Operationssäle sperren, weil sie kein neues Personal einstellen dürfen; wenn die Selbstmordrate sprunghaft ansteigt; wenn das Bildungsministerium Lebensmittelgutscheine an Schüler verteilen muss, weil immer mehr Kinder und Jugendliche an Mangelernährung leiden; und wenn

gleichzeitig die nationale Wirtschaft im internationalen Ranking der Wettbewerbsfähigkeit um sieben Plätze auf den 90. Rang abgestürzt ist: Dann ist eigentlich alles so weit okay.
So funktioniert die Griechenland-Hilfe. Die griechische Bevölkerung hat dabei einen bedeutenden Part zu spielen, und sie erfüllt ihn ohne Tadel: Sie muss der Armut anheimfallen, und zwar möglichst anschaulich. Das übrige Europa verfolgt mit wohligem Grusel die Meldungen von Not und Elend und von Eltern, die ihre Kinder aussetzen, weil sie sich außerstande sehen, die Kleinen ordentlich zu versorgen.
Quelle: Profil

b. **Pleitewelle rollt durch Südeuropa**
Die Krise spaltet Europa in zwei Teile – auch bei den Unternehmensinsolvenzen. Während die Zahlen in Deutschland, Frankreich oder Dänemark rückläufig sind, nehmen Firmenpleiten in Staaten wie Italien oder Spanien drastisch zu. Am schlimmsten trifft es griechische Unternehmer. […]
In den Staaten aber, in denen die Regierungen mit Sparprogrammen gegen die Schuldenkrise kämpfen, schrumpft die Wirtschaft. Immer mehr Unternehmer gehen pleite. Die Autoren der Untersuchung schreiben: "Während die Ausfälle in einer Vielzahl von Kernländern wie Deutschland oder Dänemark zurückgingen, hinterließ die Krise in den Peripherieländern auch bei den Unternehmensinsolvenzen ihre Spuren."
Irland regeneriert sich von allen Krisenstaaten am schnellsten, dennoch machten hier im vergangenen Jahr sieben Prozent mehr Firmen pleite als 2010. In Spanien nahm die Zahl der Insolvenzen um mehr als 18 Prozent zu, in Portugal und Italien um 17 Prozent. In Griechenland nahmen die Insolvenzen um mehr als 27 Prozent zu.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

c. **Vergessene Lektion: Die Griechenlandkrise und Heinrich Brüning**
[…] Heute geschieht exakt dasselbe – allerdings nicht nur in einer Volkswirtschaft, sondern in einer ganzen Reihe von europäischen Volkswirtschaften. Und anders als damals in der Weimarer Republik kommt der Druck – Großbritannien ausgenommen -, die Krise, die vornehmlich als Schuldenkrise wahrgenommen wird, mit drastischen Sparmaßnahmen, Lohnkürzungen, Einschnitten in das soziale System, Privatisierungen usw. zu bekämpfen, aus dem Ausland und von supranationalen und internationalen Institutionen (EZB und IWF).
Das ist im Vergleich zur Weimarer Zeit eine neue und brandgefährliche Variation in der bekannten Entscheidungs- und Handlungskette. Brandgefährlich ist sie

deswegen, weil die eigentlichen Entscheider nicht mehr unmittelbar mit den Folgen ihrer Entscheidungen vor Ort konfrontiert sind. Wann waren Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die den Krisenkurs Europas ganz maßgeblich prägen und für richtig erachten, zum letzten Mal auf Staatsbesuch in Griechenland? Und haben sie sich wohl Gedanken darüber gemacht, wie die Geschichte für sie selbst, aber noch mehr für Europa ausgehen wird, wenn der austeritätspolitische Kurs in seiner gegenwärtigen Form beibehalten wird? Denn das Scheitern von Regierungen in Schuldenstaaten kann heute – anders als in der Weimarer Republik – nicht der Endpunkt sein, an dem es dann zu einem Politik- und damit verbunden zu einem krisenpolitischen Kurswechsel kommt.
Quelle: Querschuesse

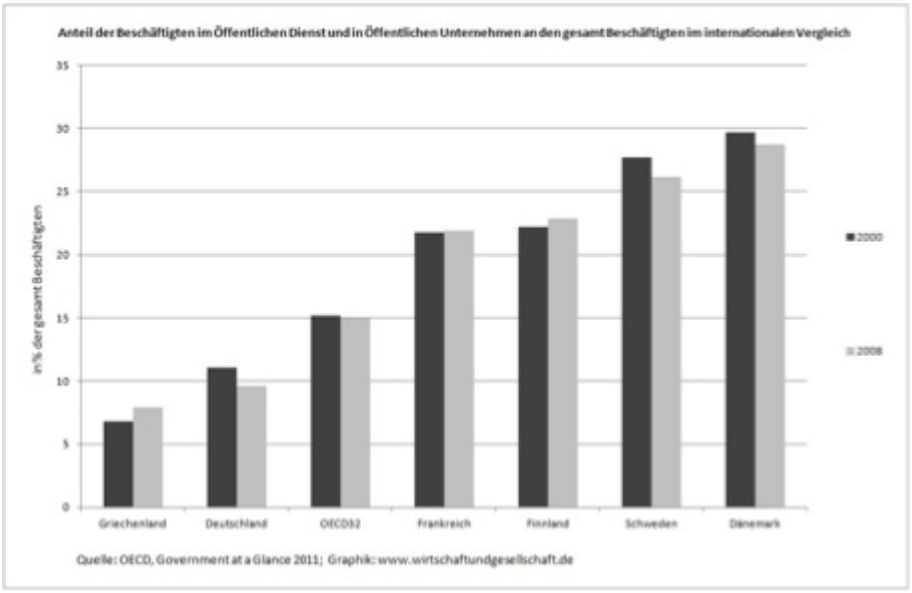
d. **Schöne Waffen für Athen**
Fregatten, Panzer und U-Boote: An Griechenlands Militär geht jedes Sparpaket vorbei. Und Deutschland profitiert davon.
Den Wunschzettel des griechischen Verteidigungsministeriums hat der Mann im Kopf: bis zu 60 Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter für vielleicht 3,9 Milliarden Euro. Französische Fregatten für über vier Milliarden, Patrouillenboote für 400 Millionen Euro; ebenso viel kostet die nötige Modernisierung der existierenden griechischen Flotte. Dann fehle es noch an Munition für die Leopard-Panzer, außerdem müssten zwei amerikanische Apache-Hubschrauber ersetzt werden. Ach ja, und dann würde man gerne deutsche U-Boote kaufen, Gesamtpreis: zwei Milliarden Euro.
Was der Mann, der in Griechenlands Verteidigungsministerium ein und aus geht, in einem Athener Café da von sich gibt, klingt absurd. Ein Staat, der kurz vor der Pleite steht und mit Milliarden von der Europäischen Union gestützt wird, will massenweise Waffen kaufen?
Quelle: ZEIT

e. **Vorschlag zur Kapitulation**
…Erst der Sparkommissar, jetzt das Sperrkonto -, zeigt: Hier wird schon mal die Rausschmeißermusik aufgelegt. Zumal das Ganze begleitet ist von gut orchestrierten Aussagen, dass die Geduld mit den Griechen ja auch irgendwann ein Ende haben muss.
Sowohl die deutsche Kanzlerin als auch der französische Staatspräsident wissen, dass die Griechen die Forderung nach einem Sonderkonto genauso wenig erfüllen werden wie die nach einem Sparkommissar. Es wäre die totale Kapitulation. Kein Parlament eines demokratischen Gemeinwesens kann es wagen, sich seine Haushaltshoheit über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte pfänden zu lassen. Selbst wenn es so nah am finanziellen Abgrund steht wie Griechenland.

Solche unerfüllbaren Forderungen zu stellen ist deshalb sehr viel bequemer, insbesondere für Angela Merkel, als die unbeliebte Griechenland-Hilfe weiter innenpolitisch vertreten zu müssen. Sollten sich die Griechen im Ernstfall querstellen, wären sie am Ende selbst schuld an Insolvenz und Euro-Aus. Schließlich hätten sie ja den Sparkommissar, hilfsweise das Sonderkonto (und die anderen Reformen und Sparpakete) akzeptieren können.
Quelle: FTD

Anmerkung WL: *Die Welt möchte hätte zwar Griechenland lieber gestern als heute aus der EWU rausgeschmissen, aber immerhin hat sie mit folgender Aussage Recht: Was nützt ein Sonderkonto, wenn die Einnahmen des Schuldenbruders so gering sind, dass er sogar abzüglich der Zinszahlungen auf die Staatsschuld ein hohes Defizit einfährt? Was soll sich denn auf dem Konto ansammeln? Negative Zinsen etwa, weil der Dispo wegen der hohen Schuldentilgung ständig überzogen ist?*
Diese Idee ist nicht mehr als Ausdruck einer tiefen Verzweiflung. Europas mächtigste Politiker haben keine Ahnung, wie sie dieses kleine Land zur Räson rufen sollen. Sie dort auch den Kreditbedarf und das geschätzte Haushaltsdefizit von EWU-Ländern.

f. **Ist der Öffentliche Dienst in Griechenland wirklich zu groß? – Laut OECD-Daten nicht.**
Nimmt man die Zahlen zum geforderten Personalabbau, die die Süddeutsche und andere berichten, kann man ja fast nichts anderes als annehmen, dass der Öffentliche Sektor in Griechenland ein Krake sondergleichen ist.
Die Daten der OECD sprechen aber eine ganz andere Sprache. Demnach ist der Öffentliche Dienst in Griechenland selbst im Vergleich mit dem zwergenhaften Öffentlichen Dienst in Deutschland (sic!) ein Winzling.



Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

2. **Europa braucht industrielle Erneuerung**
   Das Spardiktat ist der falsche Weg für Europa. Um die Wirtschaft zu sanieren, braucht es Investitionen und eine starke Industrie, schreibt Armin Steinbach im Gastbeitrag. […]
   Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Stärke unserer Industrie zugleich die Anfälligkeit der deutschen Volkswirtschaft erhöht. Deren Wohl ist eng verknüpft mit dem Schicksal Europas. 60 Prozent unserer Ausfuhren gehen nach Europa, nur sechs Prozent nach China. Geht es Europa schlecht, kann es Deutschland auf Dauer nicht gut gehen. Oder, positiv formuliert: Nutznießer von Wachstum in den Krisenländern ist zuallererst die deutsche Wirtschaft.
   Das gegenwärtige Spardiktat gegenüber den Krisenländern ist deshalb der falsche Weg für Deutschland und Europa. Es erstickt Wachstumsimpulse und Nachfrage im Keim. Stattdessen gilt: Wachstum ist die beste Schuldenbremse. […]
   Hingegen gehen die einseitigen Spardiktate für die Krisenländer zunehmend zulasten der deutschen Wirtschaft. Der verheerende Abwärtssog aus Sparzwängen, Rezession, ausbleibenden Investitionen und mangelnder Nachfrage verschont auch die deutsche Industrie nicht. Umgekehrt kann unsere Wirtschaft nur dann erfolgreich bleiben, wenn es gelingt, die Krise auf dem Kontinent insgesamt zu überwinden. Anmerkung
   Und auch hierzulande gilt es den Weg für einen Wiederaufbau Europas zu ebnen: Deutschlands Abhängigkeit von den Launen der Weltwirtschaft kann nur durch eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland abgebaut werden. Die permanenten Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen sind ökonomisch auf Dauer nicht tragfähig. Weder für die Überschuss- noch für die Defizitländer. Deshalb ist eine Steigerung von

Einkommen und Löhnen in Deutschland makroökonomisch unabdingbar. Nur so kann eine neue industrielle Basis in den Krisenländern auf eine kaufkräftige Nachfrage im deutschen Markt stoßen.
Quelle: ZEIT

3. **Keine faulen Ausreden: Finanztransaktionsteuer jetzt!**
Sarkozy steht mit dem Rücken zur Wand und will bei den französischen Wählern mit der Einführung der Finanztransaktionsteuer punkten. Merkel und Schäuble bekennen sich ebenfalls zu ihr. Man scheitere nur am Koali-tionspartner, der FDP. Die kämpft derweil gegen ihr 2 Prozent-Tief und um nicht als verlängerter Arm der Finanzlobby gebrandmarkt zu werden, behauptet sie auch schon mal, die Finanztransaktionsteuer „würde jede Überweisung verteuern“ und auch Einzahlun-gen für die private Altersvorsorge besteuern. Das ist schlicht falsch! Mit der Finanztransaktionsteuer soll vor allem spekulativer Handel, besonders auch der mit Finanzderivaten, verteuert und eingedämmt werden. Denn deren Volumen hat sich seit 1998 mehr als ver-sechsfacht und beträgt das 11-fache des Weltsozialprodukts (siehe Abbildung). Das sind alarmierende Zahlen. Es ist nicht plausibel, dass der Welthandel sich in dieser Größenordnung gegen irgendwelche Risiken ab-sichern muss. Aber das interessiert die FDP und die Finanzlobby keineswegs. Es stehen Milliardengewinne auf dem Spiel und so wird Angst geschürt, der „kleine Mann“ und seine Ersparnisse für die eigenen Zwecke missbraucht.
Deshalb versuchen sich die Freunde der Spekulation nun an Rechenbeispielen, die in seriöser Form beweisen sollen, dass vor allem der „Kleinsparer“ die Finanztransaktionsteuer wird zahlen müssen.
Quelle: DGB klartext [PDF – 98 KB]
4. **Europe can’t cut and grow**
The EU needs a growth compact, not a fiscal one. Swift action on tax and jobs is the way out of the crisis
Quelle: The Guardian
5. **Deutsche Bank – Die Wette auf den Tod**
Die Deutsche Bank hat eine direkte Wette auf den Tod lebender Menschen konstruiert. Das ist mit der Unantastbarkeit der menschlichen Würde nicht zu vereinbaren.
Die Deutsche Bank hat unter Anlegern gut 200 Millionen Euro für einen Fonds eingesammelt, der einer Wette auf die Lebenserwartung von 500 lebenden Personen in den Vereinigten Staaten gleicht. Für die Anleger ist die Wette nicht aufgegangen, denn die “Referenzpersonen” leben offenbar länger, als in medizinischen Gutachten anzunehmen war. Auf Basis dieser Gutachten wurden Zertifikate entwickelt. In die hat der Deutsche-Bank-Fonds das Geld der Anleger investiert und nicht in Lebensversicherungen, die Versicherungsnehmer freiwillig verkaufen.

Quelle: FAZ

Anmerkung JB: *So „innovativ“ ist die Deutsche Bank gar nicht. Schon vor fünf Jahren berichtete die englische Financial Times über diese „Death Bonds“ . Wenn diese Bonds sich durchsetzen, könnte im Jahre 2015 eine Tickermeldung der dpa folgendermaßen aussehen: „Der letzte Woche von der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA vom Markt genommene populäre Betablocker “Physaleus” des Arzneimittelkonzerns Pfeizer sorgte heute an der Wallstreet für einen starken Bullenmarkt. Erste pathologische Gutachten korrigierten die bisher kursierende globale Langszeitmortailitätsrate auf 30 Millionen Opfer. Diese gute Nachricht befeuerte den Death-Bond Markt, der heute ein Plus von 10% verbuchen konnte. Einzelne Papiere, so wie der vornehmlich in Australien (hier hatte “Physaleus” einen Marktanteil von über 50%) investierende Happy-Dying Funds konnte sogar ein sattes Plus von 23% erzielen. Dies gibt dem Death-Bond Markt weiter Hausse-Phantasien, nachdem durch die Entscheidung des deutschen Bundestages, Intensivmedizin aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen zu streichen, in den letzten Wochen schon satte Zuwächse verzeichnet wurden. Unverändert gilt für Death-Bonds: Strong buy!“*

6. **AWD-Kunden bekommen Geld zurück**
   Gerichtsurteile in Deutschland und Österreich bescheinigen dem Finanzdienstleister AWD Fehlberatung. Jetzt drohen dem Konzern Rückzahlungen in Millionenhöhe.
   Quelle: Stern
7. **Heinz-J. Bontrup: Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen**
   Einleitung und Problemaufriss zu einem Buch, erschienen im pad-Verlag.
   Quelle: LabourNet [PDF – 195 KB]
8. **Grundsatzurteil – Keine Bewährungsstrafe bei Steuerbetrug ab einer Million**
   Für Steuersünder gibt es keine Milde. Der Bundesgerichtshof hebt die Bewährungsstrafe gegen einen Unternehmer auf, der dem Fiskus mehr als 1 Mio. Euro vorenthalten hat. Steuerhinterziehung in diesem Umfang muss in der Regel mit Gefängnis geahndet werden.
   Quelle: FTD

   Anmerkung JB: *Recht so!*

9. **Der Klima-Sarrazin**
   Nicht CO2 ist schuld am Klimawandel, sondern die Sonne: Fritz Vahrenholt, SPD-Mitglied und RWE-Manager, verbreitet in seinem Buch “Die kalte Sonne” provokante Thesen.

Quelle: taz

10. **Bundesregierung: Stresstest bei Stuttgart 21 ist nicht Basis für Investitionsentscheidungen**
Der sogenannte Stresstest beim Bauprojekt Stuttgart 21 ist nicht Basis für eine Investitionsentscheidung der Bundesregierung. Dies erklärt sie in der Antwort (17/8529) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (17/8325). Bei Stuttgart 21 handele es sich zudem nicht um ein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern um ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH beteiligen sich an der Finanzierung.
Der Bund übernehme mit einem Festbetrag in Höhe von 563,8 Millionen Euro für das Projekt Stuttgart 21 den Anteil, der für die Einbindung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm in den Knoten Stuttgart auch ohne Verwirklichung von Stuttgart 21 erforderlich gewesen wäre. Die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm ist Bestandteil des im vordringlichen Bedarf eingeordneten Bedarfsplanvorhabens Stuttgart-Ulm-Augsburg, schreibt die Regierung.
Quelle: Deutscher Bundestag

Anmerkung WL: *D.h. der Bund deckelt seinen Finanzierungsanteil, die zusätzlichen Kosten, die durch die zusätzlichen Anforderungen aus dem Stresstest entstehen kümmern ihn nicht.*
Den Rest dürfen dann die Schwaben beisteuern.

11. **Merkel schließt umstrittenen Pakt mit Kasachstan**
Der kasachische Staatschef Nasarbajew gilt als brutaler Unterdrücker. Das hindert Kanzlerin Merkel nicht am Abschluss eines Rohstoffabkommens. Deutschland will sich bei Seltenen Erden aus der Abhängigkeit zu China befreien.
Geht es um Wirtschaftsinteressen, so könnte man den Eindruck gewinnen, tritt selbst bei hohen demokratischen Repräsentanten die Moral zurück. Das war vergangene Woche in China zu beobachten, als Angela Merkel lieber um Chinas Hilfe bei der Euro-Rettung warb statt eine kritische Zeitung zu besuchen.
Am Mittwoch ist Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew zu Gast in Berlin. Ihm werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Doch das zentralasiatische Land sitzt auf wertvollen Rohstoffen. Die Bundesregierung will sich den Zugang dazu sichern – und schließt bei dem Treffen ein Abkommen mit dem Autokraten. Menschenrechtsorganisationen sind empört.
Quelle: FTD

Anmerkung WL: *Eigentlich nichts Neues. Es ist ja bekannt, dass wenn es um die*

Sicherung von Rohstoffen geht, die Menschenrechte oder die Einhaltung demokratischer Prinzipien keine Rolle spielen.

12. **Independent Report Contradicts Western Portrait of Syria**
While the Western media act like the Syrian government is wantonly and indiscriminately killing its own people without provocation, an independent investigation has found a different reality on the ground.
Specifically, over 160 monitors from the Arab League – comprised of both allies and mortal enemies of Syria – toured Syria and published a report on January 27th showing that the situation has been mischaracterized.
Quelle 1: Washington´s Blog
Quelle 2: League of Arab States Observer Mission to Syria – Arabische Liga [PDF – 193 KB]
13. **Truth, lies and Afghanistan**
How military leaders have let us down […]
When it comes to deciding what matters are worth plunging our nation into war and which are not, our senior leaders owe it to the nation and to the uniformed members to be candid — graphically, if necessary — in telling them what's at stake and how expensive potential success is likely to be. U.S. citizens and their elected representatives can decide if the risk to blood and treasure is worth it.
Likewise when having to decide whether to continue a war, alter its aims or to close off a campaign that cannot be won at an acceptable price, our senior leaders have an obligation to tell Congress and American people the unvarnished truth and let the people decide what course of action to choose. That is the very essence of civilian control of the military. The American people deserve better than what they've gotten from their senior uniformed leaders over the last number of years. Simply telling the truth would be a good start.
Quelle: Armed Forces Journal
14. **Das Imperium schlägt daneben**
Schon zweimal haben die Amerikaner versucht, ein Raketenabwehrschirm auf die Beine zu stellen. Nun startet Barack Obama die dritte Episode des "Kriegs der Sterne". Doch das Unterfangen bleibt sinnlos und gefährlich.
Quelle: Tagesspiegel
15. **The right's stupidity spreads, enabled by a too-polite left**
Conservativism may be the refuge of the dim. But the room for rightwing ideas is made by those too timid to properly object
Quelle: The Guardian

Anmerkung AM: *Interessant, wenn auch für uns nicht neu. Mit einer Strategie der Anpassung kann die politische Linke keinen Blumentopf gewinnen.*

16. **HRK: Hochschulräte: Mittler zwischen Gesellschaft, Hochschule und Staat**
Die Empfehlungen der Vorsitzenden von Hochschulräten für die Gestaltung ihrer Arbeit unterstützen wesentliche Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz zu Struktur und Funktion von Hochschulräten", erklärte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Margret Wintermantel, heute zu dem gerade vorgelegten Positionspapier der Vorsitzenden. Die HRK hatte im November letzten Jahres ihre Empfehlungen vorgelegt.
Quelle: Hochschulrektorenkonferenz [PDF – 81,8 KB]

Anmerkung WL: *Schon mehrfach habe ich herausgearbeitet, dass die Hochschulrektoren zur Absicherung der ihnen ohnehin per Gesetz massiv gestärkten Durchgriffsmacht gegenüber den Hochschulangehörigen und den Hochschulgremien sehr gut mit den Hochschulräten leben können und sich nur zu gerne an diese Aufsichtsrats-Struktur klammern. Die Hochschulrektorenkonferenz sind in dieser Frage Partei in eigener Sache, denn wer ha es schon gerne, dass einmal eingeräumte Macht durch eine Gesetzesnovelle wieder eingeschränkt werden könnte.*
Kein Wunder also, dass die Hochschulrektorenkonferenz die Empfehlungen von einigen Vorsitzenden der Hochschulräte begrüßt. Siehe dazu „Die Lobby der Hochschulräte kämpft um ihre Macht".
Wie man allerdings behaupten kann, dass die Hochschulräte seien Mittler zwischen Gesellschaft und Hochschule ist angesichts der fehlenden gesellschaftlichen Pluralität bei der Zusammensetzung nur als Hohn zu bezeichnen:
De facto gibt es überwiegend, wo sich Hochschulräte konstituiert haben, „Impulse" vor allem von Vertretern der Wirtschaft, genauer der Groß- und Finanzwirtschaft, aus den IHKs oder bestenfalls noch von örtlichen Unternehmern. Es sind besonders diejenigen Personen in Hochschulräten vertreten, die für die Hochschule wichtige Ressourcen kontrollieren bzw. denen man eine entsprechende Ressourcenkontrolle zuschreibt. (Bogumil, Heinze, Grohs, Gerbber Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Hans Böckler Stiftung, Dezember 2007). Nach Angaben des NRW-Innovationsministeriums aus dem Jahre 2008 waren in Nordrhein-Westfalen 67 der 146 externen Hochschulratsmitglieder an allen öffentlich-rechtlichen Universitäten und Fachhochschulen „Führungspersönlichkeiten" aus der Wirtschaft. Unter den Hochschulratsvorsitzenden an deutschen Hochschulen liegt der Anteil der Wirtschaftsvertreter/innen bei 47 Prozent, von diesen sind wiederum 80 Prozent Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder.

Durch die fehlende Pluralität und die mangelnde Transparenz bleibt die Vernetzung nach Außen zwangläufig sehr selektiv und die Vermittlung der Hochschulen zur Gesellschaft äußerst selektiv. Wie schrieb das Handelsblatt doch so passend: „Manager erobern Kontrolle an den Unis“.

17. **Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute, Zur Aktualität Peter Brückners**
»Arbeitskraftunternehmer« unter hohem Flexibilitäts- und Anpassungsdruck einerseits, Arbeitslose und prekär Beschäftigte ohne Qualifikationsperspektive andererseits, Ökonomisierung aller Gesellschaftsbereiche, Bildung und Gesundheitswesen eingeschlossen, Öffentliche Armut und hochgradige Verschuldung gegenüber z. T. extremem privatem Reichtum kennzeichnen die kapitalistische Krisendynamik der Gegenwart.
Diese innergesellschaftliche Ungleichentwicklung und mehr noch die innereuropäische und globale Dynamik von Akkumulation und Verarmung produzieren Spannungen, die durch Politik und Medien in der Perspektive von Krise und Instabilität gehalten und in rechtspopulistische und rassistische Einstellungen gelenkt werden. Außenpolitisch wird damit militärische Intervention als »ultima ratio« darstellbar.

Der Kongress findet am 1. bis 4. März 2012 an der FU Berlin statt.
Quelle: Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie [PDF – 430 KB]

18. **zu guter Letzt: Heiße Liebe im kalten Europa**
Quelle: Jürgen Tomicek